Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21368. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 237. Montag, 11. Oktober 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der nachstehend auszugsweise Abdruck aus Nr. 222 des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers vom 1. Oktober 1920 wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 9. Oktober 1920.

940 K
6074

Arbeitsministerium.

Bekanntmachung.

I. usw.

II. Nach der Bekanntmachung des Reichskohlenverbandes vom 28. April 1920 (Deutscher Reichsanzeiger vom 29. April 1920) dürfen **Zuschläge** zu den vom Reichskohlenverband festgesetzten **Brennstoffverkaufspreisen** von den Syndikaten und vom Handel nur erhoben werden, wenn der Käufer vom Verkäufer Kreditgewährung oder sonstige besondere Leistungen in Anspruch nimmt.

Laut Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 29. September 1920 sind diese Zuschläge für jede einzelne Leistung in den Rechnungen besonders anzugeben.

Berlin, den 29. September 1920.

Aktiengesellschaft Reichskohlenverband.
Keil. Löffler.

Die Maul- und Klauenseuche ist **ausgebrochen** unter den Viehbeständen der folgenden Besitzer:

1. In **Pahrenz** bei Emil Funke. **Sperrgebiet:** Pahrenz. **Beobachtungsgebiet:** Kobeln, Mehltheuer, Prausitz (diese Orte bleiben auch Sperrgebiete).
2. In **Radewitz** bei Richard Thomas, Franz Dronigke, Oswin Mammitzsch, Herm. Bormann; in **Weida** bei Hermann Mann; in **Glaubitz** bei Richard Kühne, Wilhelm Stephan, Hermann Hentzschel, Moritz Hentzschel; in **Mergendorf** bei Richard Unger; in **Röderau** bei Kurt Däwerith; in **Nünchritz** bei Karl Schneider.

Auf die amtlichen Bekanntmachungen wegen des Ausbruchs der Seuche in den zu Punkt 2 genannten Orten wird hingewiesen.

Erloschen ist die Maul- und Klauenseuche auf dem Vorwerke in **Pochra** und auf dem Rittergute in **Merzdorf.** Die gegen diese Gehöfte erlassenen Sperrmaßnahmen werden hiermit wieder aufgehoben.

Die für den Sperr- und Beobachtungsbezirk geltenden Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 83 des G. u. V. Blattes 1912 — sind zu beachten. Zuwiderhandlungen dagegen werden strafrechtlich verfolgt.

Großenhain, am 8. Oktober 1920.

2249 a El. **Die Amtshauptmannschaft.**

Sprengungen auf dem Schießplatz Gohrisch.

Die Waren- und Maschinenhandels-G. m. b. H. Dresden nimmt gegenwärtig auf dem **Schießplatz Gohrisch** südwestlich Maschine 6 **Sprengungen von Zündladungskapseln** vor. Diese Sprengungen werden längere Zeit in Anspruch nehmen.

Großenhain, am 9. Oktober 1920.

1380 b D. **Die Amtshauptmannschaft.**

Auf Blatt 6 des Handelsregisters, die Firma Johann Hoffmann in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Der Inhaber **Paul Emil Johann Hoffmann** ist ausgeschieden. **Clara Lea Nanny Paula verw. Hoffmann geb. Nöthlich** in Riesa ist Inhaber.

Amtsgericht Riesa, den 7. Oktober 1920.

Aus dem Reichswirtschaftsrat.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Sonnabend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. August Müller mit landwirtschaftlichen und Ernährungsfragen, die von einem Unterausschuß bereits eingehend behandelt worden sind. Zur Spiritusbewirtschaftung wurde beschlossen, daß im Interesse der Sicherung der Ernährung unbedingt an dem Grundsatze festgehalten werden soll, daß der aus inländischen Rohstoffen hergestellte Branntwein von der Monopolverwaltung zu Trinkzwecken nicht abgegeben werden darf. Zur Spiritusherstellung soll die Maiseinfuhr erleichtert werden. Abg. Baltrusch (Christl. Gewerkschaften): Es sollen Kartoffeln zu hohen Preisen zu Brennzwecken aufgekauft worden sein. Der Schnapskonsum hat ungeheuer zugenommen, wo kommt dieser Schnaps her? (Zuruf: aus Amerika). Abg. Kühn (Gastwirtsverband): Das Branntweinmonopolamt hat nichts zu tun; daher der Mißerfolg. Es ist unglaublich, daß an Tippdamen 70 000 Mark Abfindung gezahlt worden sind. Einem ehemaligen pensionierten Direktor zahlte man mehr als 100 000 Mark als Entschädigung. Die Likörstuben wachsen wie Pilze aus der Erde, weil das jetzt gebraute Bier kein Bier ist und vom Publikum nicht getrunken wird. Reichstagsabg. Gebhart-Pfalz: Nur minderwertige Kartoffeln werden zu Spiritus verbrannt. Durch das Loch im Westen kommt viel ausländischer Branntwein herein.

Zur Zuckerfrage erklärte Staatssekretär a. D. Müller, daß die Zuckerwirtschaft das trübste Kapitel in der deutschen Ernährungsfrage sei. Deutschland war früher das reichste Zuckerland. Im Jahre 1913 führten wir 1 100 000 Tonnen Zucker aus. (Hört! hört!). Jetzt ist die Zuckerproduktion so herabgegangen, daß wir nicht einmal die eigenen knappen Rationen liefern konnten. Wir mußten Zucker aus der Tschechoslowakei kaufen und gaben dafür 2000 Eisenbahnwagen hin. (Lebh. Hört! hört!) Das ist so ziemlich das unrentabelste, was man überhaupt tun konnte. Bei der Brotgetreidefrage äußerte Abg. Baltrusch die Befürchtung, daß Brotgetreide und Kartoffeln in großen Mengen verfüttert werden. Das Ernährungsministerium läßt die Verbraucher nicht genügend zu Worte kommen. Die Produzenten scheinen dort mehr gehört zu werden. Das muß einmal deutlich erklärt werden. Chefredakteur Bernhard: Es muß eine planmäßige Bewirtschaftung eingerichtet werden, daran fehlt es. Der Unterausschuß schlägt vor, daß im Bedarfsfalle ausländisches Getreide eingeführt werden soll. Das ist selbstverständlich. Nun soll der Mehrpreis den Verbrauchern nicht durch Erhöhung des Brotpreises auferlegt werden, sondern er soll aus der Reichskasse gedeckt werden. Das ist eine demagogische Plattheit. Staatssekretär a. D. Müller: Der Brotpreis baut sich auf dem Getreidepreis auf. Wird der Brotpreis nun erhöht, so geben die Selbstversorger frei aus, d. h. alle landwirtschaftbetreibenden Kreise. Unsere Regelung ist also ein Gebot der Gerechtigkeit. Reichstagsabg. Gebhart: Wir Landwirte sind der Meinung, daß wir beim Brotgetreide die Zwangswirtschaft nicht aufgeben können. Wir sind bereit, mit den Konsumenten einen gerechten Ausgleich zu suchen. Abg. Baltrusch: Das Brot darf nicht verteuert werden. Für kinderreiche Familien wäre das eine Katastrophe. Die hohen Fleischpreise haben schon jetzt große Unruhe in der Arbeiterschaft erregt. Soll das Brot 9—10 Mark kosten? Das ist unmöglich. Reichstagsabg. Hugo Stinnes: Vogel-Straußpolitik sollten wir nicht treiben. Wenn wir die bisherige Preispolitik fortsetzen, wird der Wert der Mark noch weiter sinken. Die bisherige Produktionspolitik mag populär sein, sie ist aber durchaus unsozial. Der Ausschuß sollte sich über die Getreidelage informieren. Die Anlieferung von Getreide ist sehr schlecht. Der Getreidepreis muß den Produktionskosten entsprechen. Es ist ein untaugliches Mittel, wenn die Mehrkosten der Reichskasse auferlegt werden sollen. Das können wir als Reichswirtschaftsrat nicht mitmachen. So geht es keine 6 Monate weiter. Wir müssen für die Erzeugung genügender Ausfuhrproduktion sorgen, damit die Mark eine andere Zahlungskraft bekommt. Sonst kommen wir zum Warenaustausch unter Ausschaltung des Geldes. Die Beschlüsse des Unterausschusses werden bestätigt. Der Mehrpreis für ausländisches Getreide soll also aus der Reichskasse gedeckt werden. Bei der Milchwirtschaft wendet sich Abg. Stinnes dagegen, daß der heimischen Landwirtschaft die Unkosten des Einkaufs ausländischer Milch zur Last gelegt werden, wie es vielfach im Westen geschehen ist. Es ist keine Volkswirtschaft, wenn man z. B. aus Holland Milch für 4 oder 5 Mark den Liter einkauft, die man zu 2 Mark im Inlande produzieren könnte. Der Ausschuß stimmte ferner einem Antrage zu, wonach die Einfuhr von Pilsener Bier nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll. Nach einem weiteren Beschlusse sollen jährlich 400 000 Sack Kaffee zur Einfuhr freigegeben werden. Es folgte dann die Beratung einer Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stillegungen. Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht für den Abbruch von Betriebsanlagen und die Stillegung eines Betriebes vor. Sie bezieht sich auf industrielle Betriebe sowie auf die Betriebe des Verkehrsgewerbes, sofern in ihnen mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Von der Anzeige ab läuft eine Sperrfrist von vier Wochen im Falle der beabsichtigten Stillegung und von 6 Wochen bei Abbruch. Während dieser Zeit darf im Betriebe keine Aenderung der Sach- und Rechtslagen vorgenommen werden. Staatssekretär Hirsch empfiehlt die Verordnung, die einer Anregung des Reichswirtschaftsrats ihr Bestehen verdanke. Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsministerium sind sich bewußt, daß hier ein starker Eingriff in das Eigentumsrecht erfolgt. Wir müssen aber Mittel finden, um die Weiterführung der Betriebe tunlichst zu ermöglichen. Wo eine Stillegung nicht zu vermeiden ist, müssen die freiwerdenden Materialien nutzbringende Verwendung finden. Eine Meldung an das Reichswirtschaftsministerium ist vorgesehen, um zu vermeiden, daß vielleicht örtliche Interessen vor allgemeine Interessen gestellt werden. Die Maßnahmen sollen möglichst bald in Kraft treten. Abg. Umbreit schlägt eine Nachprüfung der Verordnung in einem Unterausschuß von 9 Mitgliedern vor. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

* Kassel, 11. Oktober.

Der sozialdemokratische Parteitag in Kassel wurde gestern abend mit einer **Ansprache** des Kasseler Oberbürgermeisters **Scheidemann** eröffnet. Er führte u. a. aus: Was die Innenpolitik anbelangt, so besteht das Ziel in der Gewinnung eines stärkeren Einflusses als wie er in der früheren Koalition ausgeübt wurde. Aufgabe des Kasseler Parteitages sei es, die Massen in dieser Richtung aufzuklären. Scheidemann verwies dann darauf, daß genau vor dreißig Jahren am 11. Oktober 1890 in Halle der 4. sozialistische Parteitag nach dem Fall des Sozialistengesetzes stattgefunden hat. Dort werde jetzt der Unabhängige Parteitag beginnen. Er stellte dann die offene Frage an die Arbeiter Deutschlands und der ganzen Welt, wo der wahre Sozialismus zu finden sei. Der Kasseler Parteitag wird neue Wege weisen, die vorwärts führen. Nachdem der achtzigjährige **Wilhelm Pfannkuch** den Parteitag für eröffnet erklärt hatte, wurden **Hermann Müller** und **Scheidemann** zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt. **Hermann Müller** hielt eine groß angelegte Rede, worin er feststellte, daß, von einzelnen Fällen abgesehen, die sozialdemokratisch geschulte Arbeiterklasse bereit ist, das zu mildern und zu beseitigen, was im Vertrag von Versailles als unerfüllbar bezeichnet werden muß und daß die deutsche Arbeiterschaft alles tun müsse, um wieder gut zu machen, was früher gesündigt worden ist. Müller teilte sodann die Namen der anwesenden Delegierten mit, und wies zum Schluß den Gedanken einer gewalttätigen Revanche weit von sich. — Die eigentlichen Verhandlungen beginnen am heutigen Montag.

Wilna von den Polen genommen.

Die Litauische Telegr.-Agentur meldet aus Kowno: Nach hartem Kampfe haben die **Polen Wilna** am 9. Oktober **eingenommen.** Die Litauer halten die Linie Olaeniki—Alttroki—Vakakovienska—Raschkazy. Die angreifenden Truppen sind zusammengestellt aus verpolten Bewohnern Ostlitauens, die von General Seligowski geführt werden. **Seligowski** hat in Wilna eine **neue Regierung ausgerufen,** dessen Oberhaupt er selbst ist und an der Gutsbesitzer teilnehmen. Sie verlangen, daß die Litauer das ganze früher von Polen besetzte Gebiet verlassen, und daß eine Volksabstimmung stattfinde. In einer offiziösen litauischen Verlautbarung wird mitgeteilt, daß der Vormarsch der Polen auf Litauen nach Bruch des am 7. Oktober abgeschlossenen Waffenstillstandes erfolgt ist. Die litauischen Ministerien und Aemter sind nach Kowno übergesiedelt.

Die englisch-französischen Verhandlungen über die Konferenz von Genf.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, hat die französische Regierung auf die **englische Note,** in der Frankreich aufgefordert wird, zur Regelung der Wiedergutmachungsfrage baldigst die **Finanzkonferenz in Genf** zusammenzuberufen, geantwortet. In der Antwort heißt es zum Schlusse: Niemand hat in Spa eine internationale Konferenz vorgesehen. Lediglich eine Sachverständigenkonferenz sollte stattfinden, an der, wenn möglich, eine besondere französische Kommission teilnehmen sollte. Zuvor sollten sich die technischen Delegierten zusammenfinden, um alle technischen Fragen zu klären, ehe sich die Finanzmänner besprächen. In diesem Sinne würden in nächster Zukunft, wie das Blatt aus authentischer Quelle erfährt, Besprechungen zwischen Frankreich und England stattfinden.

Der Londoner Korrespondent des „Temps" berichtet, daß der „Daily Chronicle" aus offenbar offizieller Quelle **Aufklärungen** über die **Verhandlungen** zwischen der **französischen und englischen Regierung** veröffentlicht. Am letzten Tage der Konferenz von Spa sei unter dem Einfluß Lloyd Georges ein Abkommen über die deutschen Kohlenlieferungen nicht ohne Schwierigkeiten erzielt worden. Andererseits habe man beschlossen, Anfang August in Genf eine gemischte Kommission, in der auch Deutschland und die anderen Mächte durch zwei Delegierte vertreten sein sollten, zusammenzuberufen. Diese Kommission habe die Frage studieren und einen Bericht erstatten sollen, sie hätte aber keine Entscheidung treffen sollen über die Fragen der Gesamtsumme und der Flüssigmachung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen. Ministerpräsident Millerand habe dieses Abkommen angenommen. Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Simons hätten in Berlin erklärt, wenn auch die Bedingungen über die Kohlenlieferungen hart seien, so hätte man wenigstens als Konzession die kontradiktorische Konferenz von Genf erzielt. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß sich die Alliierten öffentlich verpflichtet hätten. Man habe deshalb mit Ueberraschung festgestellt, daß Millerand seine Ansicht geändert habe und an die Stelle einer gemischten Kommission, die in einem neutralen Lande zusammentreten solle, eine Konferenz der Wiedergutmachungskommission in Paris, der auch die deutschen Vertreter beiwohnen würden, setzen wolle. Lord Curzon habe in seiner Note vom 6. Oktober in freundschaftlicher Offenheit sein Erstaunen ausgedrückt. Der französische Standpunkt werde von Belgien geteilt. Aber es wäre unrichtig zu sagen, die amerikanische Regierung teile diese Ansicht. Im Gegenteil, sie stehe auf dem englischen Standpunkt. Nach dem „Daily Chronicle" wäre es möglich, daß die Wiedergutmachungskommission sich in **Köln** anstatt in Paris zusammenfinde. Diesen Verhandlungen könne eine ausgedehntere allgemeinere Konferenz vorangehen. Gegen eine derartige Lösung werde die englische Regierung keinen Widerspruch erheben. Das Blatt ist der Ansicht, daß Frankreich und England sich auf diesen Standpunkt einigen könnten.

Die Abstimmung in Kärnten.

Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses in Kärnten wird für Dienstag erwartet. Sämtliche Berichte aus Kärnten betonen übereinstimmend, daß das gewalttätige Auftreten der Jugoslawen schwerste Besorgnisse für das Leben der Bevölkerung und die Freiheit der Abstimmung gerechtfertigt erscheinen lassen.

Ein europäischer Eisentrust?

Das „Neue Wien. Tagbl." berichtet, daß nach englischen Berichten vor etwa zwei Wochen zwischen Thyssen und Stinnes für Deutschland, zwischen Creuzot für Frankreich und Belgien sowie dem amerikanischen Stahltrust und der National-City-Bank für Amerika ein Vertrag geschlossen worden sein soll über die Aufteilung des europäischen Marktes unter die Vertragsteilnehmer mit Ausschluß Rußlands. Die Verhandlungen seien in Kopenhagen und Köln geführt worden und der englische Vertreter im besetzten Gebiet habe schon vor sieben Monaten auf diese Verhandlungen aufmerksam gemacht. — Das Blatt bemerkt dazu, daß, wenn sich diese Nachricht bewahrheitet, ein europäischer Eisentrust vorliege, der eines der sensationellsten Ereignisse der Wirt-

SLUB
Wir führen Wissen.